

Linkes Blatt **DIE LINKE.**

10. Ausgabe / 18. Jahrgang

Für Halle

26. Mai 2008

Der Streit ums Steuerkonzept oder die Finanzierung der Zukunft

In den vergangenen Wochen gab es viele Fragen zum Streit in der LINKEN zu einem Zukunftsinvestitionsprogramm der Partei DIE LINKE. Trotz vieler Artikel in diversen Zeitungen bleibt gerade bei vielen Genossinnen und Genossen die Frage, worüber streiten die sie eigentlich?

Zum Bundestagswahlkampf 2005 hatten die finanzpolitischen SprecherInnen der Landtagsfraktionen der PDS ein Steuerkonzept vorgestellt, das „den Einstieg in eine Umverteilung von oben nach unten“ durch eine Vermögensbesteuerung eröffnete sowie Vorschläge machte, wie das Prinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unteretzt werden könnte. Bei einer Umsetzung unseres Steuerkonzeptes sollte es rund 64 Milliarden Euro Mehreinnahmen geben. Mit diesem Steuerkonzept haben wir während des Bundestagswahlkampfes erfolgreich gearbeitet. Wir konnten den Bürgerinnen und Bürgern gut erklären, woher die PDS das Geld nehmen will, um ihre Forderungen zu finanzieren.

Dieses Steuerkonzept basierte auch auf der Erfahrung, dass die Frage der Finanzierbarkeit von bestimmten Forderungen einen zunehmend höheren Stellenwert in der politischen Diskussion einnahm. Und die auch in der Bundestagsfraktion bis 2002 üblichen geplanten Einnahmen aus der Forderung nach

Verteuerung des Kerosin waren meist dreimal ausgehen. Auch die Linke braucht machbare Vorschläge für eine sozial gerechtere Steuerpolitik, die auch noch von Mehrheiten akzeptiert wird und dem entsprach weitestgehend das 2005 vorgelegte Steuerkonzept.

Nach der Bundestagswahl war alles anderes. Die neu gewählte Bundestagsfraktion hatte andere Vor-

stellungen. Erstmals eskalierte der Streit 2006, manche/r erinnert sich vielleicht noch an das Auftreten von Oskar Lafontaine auf dem Landesparteitag der Linkspartei.PDS im September 2006 in Magdeburg.

Seitdem ringt die vereinigte Linke um Positionen zur Finanzierbarkeit ihrer Forderungen.

weiter auf Seite -2-

Ein Jahr Partei DIE LINKE -

DIE LINKE. Halle feiert das

FEST DER LINKEN

am Samstag, dem 7. Juni 2008,

ab 15:00 Uhr

im Kleinen Thalia Theater (Thaliapassage).

Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle ein zu Unterhaltung mit dem Jugendkabarett Die Kiebitze, Musik von Wittenbecher und Zörner, politischer Diskussion und Gesprächen mit Petra Sitte, MdB, sowie Mitgliedern des Landtages und Stadträten der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat von Halle, Informationsständen und vielem mehr.

Kinderbetreuung mit vielen spannenden Angeboten, Kuchenbasar, Getränke und Speisen runden das FEST DER LINKEN ab.

DIE LINKE.

Stadtverband Halle, Blumenstraße 16, 06108 Halle (Saale)

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.

Der Streit ums...

Fortsetzung von Seite -1-

In mancher Basisgruppe höre ich immer wieder die Aufforderung, doch darüber gar nicht erst nachzudenken. Geld wäre genug da - was ja auch stimmt - und die Regierenden brauchten es ja nur entsprechend einzusetzen. Mit dieser Forderung, die durchaus verständlich ist, ist aber keinem Kommunalpolitiker und auch keiner Landespolitikerin geholfen. Auf diesen Ebenen gibt es kaum noch Spielräume. Wir hatten uns aber auch auf verschiedenen Landesparteitagen dahingehend verständigt, dass eine immer weitergehende Staatsverschuldung nicht die Lösung sein kann. Wir befürworteten eine moderate Schuldenaufnahme nur dann, wenn diese Gelder für die Zukunftsfähigkeit und Wertschöpfung, Nachhaltigkeit und Innovation, für Arbeitsplatzbeschaffung eingesetzt werden.

Im Sommer 2007 gab es aus der Bundestagsfraktion einen ersten Entwurf für ein Zukunftsinvestitionsprogramm, der für sich genommen richtig und gut war, allerdings gab es da schon Kritik von den Landtagsfraktionen und auch von den finanzpolitischen SprecherInnen. Die Wünsche hatten zu diesem Zeitpunkt einen Umfang von rund 130 Mrd. €. Inzwischen gibt es ein Zukunftsinvestitionskonzept, das teilweise Eingang in den Leitantrag des Bundesparteitages gefunden hat, das nur noch Mehrausgaben von rund 50 Mrd. € vorsieht bei geplanten Mehreinnahmen von rund 70 Mrd. € auf der Basis der jetzt existierenden Steueränderungsvorschläge (ein Konzept ist es noch nicht). Das hört sich gut und vernünftig an und trotzdem gibt es Streit, denn diese Mehreinnahmen sind eigentlich durch andere Beschlüsse und Forderungen der Bundestagsfraktion inhaltlich untersetzt. Ich will nur auf einige verweisen: die Rück-

nahme der Mehrwertsteuererhöhung um drei Punkte im Gegenwert von 22 Mrd. €, die Erhöhung des ALG II auf monatlich mindestens 435 € - rund 7 Mrd. € Mehrausgaben, die Rücknahme der Kürzung der Pendlerpauschale - Kosten 2,5 Mrd. € und die Erhöhung des Kindergeldes auf 250 €, das sind 20,4 Mrd. €. Die Forderungen zum Bundeshaushalt 2008 im Umfang von knapp 35 Mrd. € waren durch Finanzierungsvorschläge in dieser Höhe gedeckt, allerdings entsprachen diese nur bedingt dem Zukunftsinvestitionsprogramm. Das spricht nicht gegen die zusätzlichen Forderungen im Zukunfts-

investitionsprogramm. Sie müssen aber auch zusätzlich finanziert werden.

In der Zeitung der Bundestagsfraktion „klar“ Nr. 9 vom 29.4.2008 wird nun ein Steuerkonzept vorgestellt: insgesamt 36 Mrd. € sind durch Änderungen der Unternehmenssteuerreform, der Einkommenssteuer, der Erbschaftsteuer und der Wiedereinführung der Vermögenssteuer geplant. Damit ist das Zukunftsinvestitionsprogramm auch nicht finanzierbar. Die Debatte wird also weitergehen: die Zukunft muss finanzierbar sein, doch wir werden Schwerpunkte setzen müssen.

Genug Arbeit für den Verfassungsschutz

In der Presse ist zu lesen, dass in der BRD immer wieder KZ-Gedenkstätten geschändet und Grabsteine von Nazi- Opfern umgestossen werden. Stolpersteine zum Gedenken an von den Nazis verschleppte jüdische Mitbürger werden überschmiert. Im April „rühmten“ in Halle-Neustadt an Ampelanlagen und Laternenmasten Klebezettel den „Hitler-Stellvertreter“ Hess.

Wehret den Anfängen faschistischen Denkens und Tuns.

Genug Arbeit für den Verfassungsschutz, um zu ermitteln:

Wer gefährdet die demokratischen Grundlagen der BRD ?

Doch Bundesinnenminister Schäuble (CDU) lässt die Partei Die LINKE überwachen und sucht in dieser Partei gefährliche „Extremisten“.

Der Verfassungsschutz gibt selber zu, dass er unter anderem folgende innerparteiliche Gruppierungen bespitzelt: Kommunistische Plattform, Marxistisches Forum, Sozialistische Linke und auch die Arbeitsgemeinschaft Cuba Si. Die Abgeordneten der Linksfraktion im Deutschen Bundestag werden von den Hütern der Verfassung „beobachtet“.

Wie selbstverständlich werden Presseerzeugnisse der LINKEN und der Partei nahestehende Zeitungen „überwacht“. Der Innenminister Sachsen-Anhalts, Herr Hövelmann (SPD), hat im Landtag in Magdeburg gerade zu erklären, ob in einem seiner Polizeipräsidien die Aufklärung und Verfolgung von neonazistischen Aktivitäten behindert und warum landesweit die Statistik zur Erfassung rechter verfassungsfeindlicher Taten verändert wurde. Nicht vergessen ist, dass anwesende Polizisten bei der öffentlichen Verbrennung des „Tagebuchs der Anne Frank“ im Norden von Sachsen-Anhalt später zu Protokoll gaben, sie hätten nicht gewusst, welche Symbolkraft dieses Buch habe.

Genug Arbeit für den Verfassungsschutz, um zu ermitteln:

Wer gefährdet die demokratischen Grundlagen der BRD ?

Die LINKE ist vertreten im Stadtrat, in den Gemeinderäten, in Landtagen und im Deutschen Bundestag. Sie ist bestimmt keine Gefahr für das Gedeihen der Bundesrepublik. Ihre „Beobachtung“ durch den Verfassungsschutz ist einzustellen.

G.Nau

Fraktion DIE LINKE:

Äußerungen Ministerpräsident Böhmers zu Armutsbericht der Bundesregierung belegen eigene Perspektivlosigkeit

Der Armutsbericht der Bundesregierung belegt die wachsende soziale Polarisierung der Gesellschaft. Diese drückt sich nicht nur im Wachstum derjenigen Bevölkerungsgruppe aus, die direkt von Armut betroffen ist, sondern auch hinsichtlich der Bevölkerungsgruppe, die in der Perspektive davon bedroht sein wird. Gleichzeitig steigen das Einkommen und auch die Zahl der Reichen.

Dies ist eine nicht hinnehmbare Entwicklung, die aus Sicht der LINKEN Ergebnis bewussten politischen Handelns ist - da helfen jetzt weder Krokodilstränen noch hektischer Aktionismus derjenigen, die selbst die Ursachen dafür geschaffen haben.

Die Krönung allerdings ist die Bewertung des Ministerpräsidenten Böhmer, der - um der Tatsache der wachsenden Armut zu entkommen - die Armutsdefinition ändern will, eine Definition übrigens, die sich an internationale Maßstäbe anlehnt und sehr gut dazu geeignet ist, die unterschiedliche Chancenverteilung in unserer Gesellschaft offen zu legen.

Wer so, wie Herr Böhmer, an das Problem herangeht, hat die anwachsende soziale Polarisierung offensichtlich längst akzeptiert und ist nicht bereit, dagegen vorzugehen. Darauf deutet auch seine Bewertung hinsichtlich der Vermeidung von Armut durch Arbeit hin, die darauf hinaus läuft, erst einmal die Arbeitslosigkeit abzuschaffen und danach auskömmlich Löhne in Angriff zu nehmen. Dies ist jedoch genau die Logik, die dazu führt, dass immer mehr Menschen für Löhne unterhalb der Armutsgrenze

arbeiten und armutsfeste Beschäftigungsverhältnisse dem Konkurrenzdruck nicht mehr standhalten können und abgeschafft werden. Deshalb gibt es zu folgenden Forderungen der LINKEN keine Alternative:

- * Erhöhung des Regelsatzes im SGB II auf 420 Euro und einen eigenständigen Grundsicherungsbetrag für Kinder;
- * Einrichtung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8 Euro;
- * wirksame Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung sowie eine

Gewinn- und Börsenumsatzbesteuerung, die den Staat in die Lage versetzt, soziale Umverteilung zu finanzieren und Wachstumsprojekte in Angriff zu nehmen.

Da ein begründetes öffentliches Interesse an der Position der Landesregierung und der Koalition zu den aufgeworfenen Fragen besteht, wird die Fraktion der LINKEN für die kommende Landtagssitzung eine Aktuelle Debatte zu der Thematik beantragen.

Wulf Gallert

Fraktionsvorsitzender

Kindermund oder was ist der Harz

Wir fahren nächste Woche zur Klassenfahrt.

Ja, wo fahrt ihr denn hin?

In den Harz.

Und wohin da genau?

Sicher in den Harz 4.

Fabian, 10 Jahre im Gespräch mit einer Freundin

Bürgerfest

Von Freitag, den 30.05.2008 bis Sonntag, den 01.06.2008

findet in Halle-Neustadt das Bürgerfest 2008 statt.

Am Sonnabend, dem 31.05.2008 wird DIE LINKE in der Zeit

von 13.00 - 17.30 Uhr mit einem Infostand auf der Festwiese

im Südpark präsent sein.

Was war los zum Bundesparteitag?

Die Basisorganisation der Linken Neustadt-West lädt Sympathisanten und Mitglieder ein zur

Auswertung des Bundesparteitages der Linken.

Eindrücke vom Bundesparteitag aus erster Hand übermittelt

Gen. Swen Knöchel, Vorsitzender des Stadtvorstandes Halle der Partei Die LINKE, am

Montag, 9. Juni, 18 Uhr, im "Bürgerladen" Falladaweg 9.

Zu erreichen zu Fuss, mit PKW (Parkplätze in der Nähe) und mit der Strassenbahn (5 Minuten).

Information. Diskussion. Schlussfolgerungen.

Pfingsten mit der Partei DIE LINKE, Werbellinsee 2008

Das Wetter nicht zu kalt, nicht zu heiß, den ganzen Tag Sonnenschein, so müssen Feste bei der Linkensein.

Auch in diesem Jahr trafen sich MitgliederInnen und SympathisantInnen unserer Partei zum traditionellen Pfingsttreffen.

Bereits zum 13. Mal am Werbellinsee im Objekt der ehemaligen Pionierrepublik Wilhelm Pieck. Der Fußballverein Rosengarten holte zum wiederholten Mal den begehrten Pokal im Fußball, während diesmal den Sachsen-Anhaltern aus gesundheitlichen Gründen nicht gelang, den letzten Platz im Volleyballturnier zu verteidigen, da wir nicht teilnehmen konnten. Viele interessante Gäste waren zu Diskussionsrunden geladen. Um nur einige zu nennen: Dagmar Enkelmann, Jan Korte, Bodo Ramelow, Ulrich Maurer, Petra Pau und und und. Das Zelt auf der Festwiese war immer gut gefüllt und der eine oder andere aus der Umgebung, die zum Pfingstspaziergang waren, blieb und hörte auch zu, was Politikerinnen und Politiker der Linken so zu sagen haben. Es soll sogar Leute geben, die dieses Wochenende in der Gegend verbringen und meinen, „da sind die Linken, lass uns hingehen, die haben immer interessante Gäste“. Das Kulturprogramm war auch dieses Mal wieder vom Feinsten. Wladimir Kammer, Dieter Dehm, Barbara Thalheim, Manfred Maurenbrecher, Günter Herlt, Matthias Wedel, diverse Tanzgruppen und Musiker sorgten für unser kulturelles Wohlergehen. Jeden Abend war

Tanz in der Turnhalle, mit Diskothek und Live-Musikern. Wem das zu laut oder zu anstrengend wurde, der traf sich auf der Kulturbühne, da finden Lesungen statt und anschließend kann man wunderbar noch den Abend, die Nacht genießen mit (auch schon Tradition)

Deutschland u.s.w. Sonntag fand wie immer das Neptunfest statt, der See war zwar kalt, aber die Sonne schien und so landete manche getaufte Nase im selbigen. Der Kinderverein Ottokar aus Berlin sorgt jedes Jahr für Spiel und Spaß mit den Kindern, diesmal im Zeichen Winnetous, der dann ja in Gestalt von Gojko Mitic auch erschien (allerdings ohne Kostüm und Pferd).

Es war auf alle Fälle wieder ein gelungenes Fest, man traf langjährige Freunde und GenossInnen, schöpfte Kraft für den Alltag mit und bei der LINKEN und im sonstigen Leben.

Bedankt seien die Landesverbände Berlin-Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen, die jedes Jahr diesen kulturellen und politischen Höhepunkt organisieren und durchführen, sowohl mit finanziellen Mitteln als auch ehrenamtlich engagierten Genossinnen und Genossen. Ich denke, es ist an der Zeit, dass auch die „West“-verbände und Sachsen-Anhalt über ein Engagement neu nachdenken. Marianne Böttcher



der Gruppe Die Rotfüchse, welche ein schier unerschöpfliches Repertoire an Liedern haben. Am Sonnabend früh spielte zum Waken wie immer der Spielmanszug, auf der Festwiese waren diverse Stände, wie z.B. die AG Betrieb und Gewerkschaft, Neues



Fotoimpressionen vom Pfinstfest am Werbellinsee



Die BO Riebeckpl./ Hofjäger lädt ein:

Vom 1. Bundesparteitag der Partei DIE LINKE in Cottbus berichtet
Gen. Dr. Achim Bittrich,
stellvtr. Landesvorsitzender
und Delegierter des
Stadtverbandes Halle
am 4. Juni ab 17 Uhr
im Restaurant des
COMCENTER in Halle,
Ecke Merseburger-/ Philipp-Müllerstr.

Interessenten sind herzlich willkommen!

→ **Eisenbahntouristik,**

Tagesfahrt am 14. Juni 2008 mit dem Sachsen-Anhalt-Ticket

Der Fahrpreis bewegt sich zwischen 5,40• und 9,00• in die Sächsische Schweiz.

Treffpunkt: 7:40 Uhr am Reisezentrum im Hauptbahnhof.

Der Fahrschein ist eine Gruppenkarte und gilt bis zum Grenzbahnhof Schöna. Dort besteht die Möglichkeit, am deutsch-tschechischen Grenztreffen teilzunehmen oder die Freizeit individuell zu nutzen in den verschiedenen Orten, an der Elbe, in den Bergen oder Besuch des Grenzmarktes in Hrensko.

Rückkehr gegen 21.00 Uhr

Anmeldung bei Hajo Gunkel,

Tel.: 0345 / 770 37 50;

Mobil: 0170 / 19 26 546

**Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.**

NEBENAN

Gemeindereform jetzt mitgestalten

Um die tausend Jahre existiert das Dorf schon. Nun soll es Teil einer Einheitsgemeinde werden. 1 Jahr ist noch Zeit für das freiwillige Zusammengehen, 1 Jahr ist (nur) noch Zeit für Klärungen und die Ausarbeitung juristisch sauberer Verträge.

Wird der Leiter des zukünftigen Ordnungsamtes mehr zu sagen haben als der Ortsbürgermeister? Wird die Leiterin des zukünftigen Bereiches xyz mehr Rechte haben als der gewählte Vertreter im Ortschaftsrat?

Bleibt die Grundschule im Ort oder müssen die Kinder in Zukunft mit dem Bus zur Schule fahren?

In welchem Ort der Gemeinde wird es den Kindergarten geben?

Werden zukünftig die Interessen der kleinen Ortschaften in der Einheitsgemeinde „untergebuttert“?

Solche und ähnliche Fragen sind jetzt zu debattieren und untereinander vertraglich bis 30.06.09 zu gestalten. Abstriche von bisherigen Auffassungen und Kompromisse sind erforderlich. Was jetzt „vergeigt“ wird, hat Auswirkung auf viele spätere Jahre.

Die Kommunalpolitiker/Gemeindevertreter von Beesenstedt, Bennstedt, Fienstedt, Kloschwitz, Lieskau, Salzmünde, Schochwitz und Zappendorf haben das erkannt.

Diese 8 Gemeinden wollen zum 01.01.2010 eine Einheitsgemeinde sein. Daher ringen sie jetzt (!!) um gemeinsame Vorstellungen über das zukünftige Leben in ihren Ortschaften und die Festschreibung von Rechten und Pflichten in der Einheitsgemeinde.

Die Mitarbeit aller Demokraten ist gefragt und keine Verweigerung oder abwartende Zuschauerrolle. Interessenvertretung der Bürger/innen - das ist Aufgabe der LINKEN, somit auch Mitgestaltung der Gemeindereform in den Dörfern des Saalekreises.
G.Nau

DIE LINKE. Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt
www.linksfraktion-lsa.de

IM-Vorwurf war und bleibt falsch

Gregor Gysi, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, erklärt:

In einigen Medien wird erneut und zum Teil böse und frei von Kenntnis behauptet, dass ich als IM der Staatssicherheit tätig gewesen sei. Diese Behauptung war und bleibt falsch, auch wenn meine politischen Gegner sich das Gegenteil wünschen.

Unterstellt wird jetzt, dass ich 1979 in Bezug auf Robert Havemann als IM tätig gewesen wäre. Das ist schon deshalb absurd, weil erst ein Jahr später, d.h. im Herbst 1980, ein IM-Vorlauf zu mir angelegt wurde, um zu prüfen, ob ich als IM geeignet sei. Was sollte dieser ganze Vorgang, wenn ich schon ein Jahr oder länger als IM tätig gewesen wäre? Herr Gauck, nicht ich, hat immer erklärt, dass das Handwerkszeug der Staatssicherheit stimmte, weil man ansonsten niemanden belasten könne, über den ein IM-Vorgang angelegt war, und niemanden entlasten könnte, der observiert wurde. Herr Gauck erklärte, dass das MfS keinen Grund hatte, sich selbst zu beschwindeln. Wozu also sollte ein IM-Vorlauf zu mir 1980 gefälscht worden sein, wenn ich schon längst ein IM gewesen wäre? Nicht mal die Staatssicherheit konnte 1980 wissen, dass es heute eine Bundesbeauftragte gibt. Die Medien ignorieren auch, dass der IM-Vorlauf mit der Feststellung endete, dass ich als IM ungeeignet sei, nicht in Frage käme. Der IM-Vorlauf wurde archiviert und gegen mich eine Operative Personenkontrolle mit ausführlicher Begründung eröffnet. Auch das sollen dann wohl alles Fälschungen gewesen sein.

Für Robert Havemann habe ich mich entsprechend meinen Mög-

lichkeiten in der DDR engagiert. Nachdem ich seine Vertretung übernommen habe, gab es kein neues Strafverfahren gegen ihn, keine Hausdurchsuchung und Beschlagnahme mehr, der Hausarrest wurde aufgehoben, er konnte sogar mit Erich Honecker an Feierlichkeiten zum Jahrestag der Befreiung des Nazi-Zuchthauses Brandenburg teilnehmen. Der Erwerb eines zweiten Hauses auf seinem Grundstück durch einen IM konnte gerade durch mich verhindert werden. Worin besteht eigentlich der Vorwurf gegen mich? Hinsichtlich des Herrn Erwin weiß ich heute nicht mehr, ob ich mal mit ihm im Auto gefahren bin und - wenn ja, worüber wir sprachen. Damals war er auf jeden Fall noch nicht mein Mandant. Ich kann auch nicht einschätzen, mit wem er gegebenenfalls anschließend über unser Gespräch sprach oder ob ich darüber mit Kollegen und Freunden gesprochen habe. Eine Information durch mich über ihn an die Staatssicherheit im Jahre 1979 ist absurder Unsinn. Mir wird vorgehalten, dass ich ihn später in der Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit aufgesucht und mit seinem Vernehmer über eine Verteidigungsstrategie gesprochen hätte. Leider konnte der Staatsanwalt damals anordnen, dass der Vernehmer der Staatssicherheit, solange die Ermittlungen dauerten, an dem Gespräch Anwalt-Mandant in der Haftanstalt teilnehmen durfte. Natürlich wurde bei solcher Gelegenheit mit dem Vernehmer darüber gesprochen, ob und wie eine schnelle Haftentlassung des Mandanten zu erreichen sei. Hätte ich dies nicht getan, hätte ich meine Anwaltpflichten verletzt.

Ich stelle immer wieder fest, dass irgendein einzelner Satz aus einer Stasi-Unterlage, der mich scheinbar belastet, hoch gejubelt und zur absoluten Wahrheit erklärt wird, während entscheidende Vorgänge unterschlagen und wenn nicht, dann als Fälschung oder Irrtum zurückgewiesen werden. Letzteres gilt zum Beispiel für eine Unterlage, die ich von Herrn Poppe für die Staatsanwaltschaft bekommen hatte und die an diesem Tage bei der Staatssicherheit übergeben wurde. Ich hatte den Text nur handschriftlich und inhaltlich anders, als er Schreibmaschine geschrieben bei der Stasi ankam. Herr Poppe hat ausgeschlossen, dass ich die Unterlage übergeben haben kann. Meine Gegner erklärten darauf hin, dass der Stasi-Vermerk falsch sei, es habe wahrscheinlich keine Übergabe gegeben, sondern einen Anruf von mir und dabei seien Übermittlungsfehler entstanden. Die Methode, d.h. die verleumderische Praxis, bleibt gleich: Bestimmte Sätze der Staatssicherheit sind die absolute Wahrheit, andere sind gefälscht oder basieren auf einem Irrtum.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail info@dielinke-halle.de
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tägig
Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
22.05.2008
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 05.06.2008